



Interviews

Datum: 14. Mai 2024

Philipp May im Gespräch mit Michael Roth

Philipp May: Am Telefon in Tiflis ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth von der SPD. Guten Morgen, Herr Roth!

Michael Roth: Guten Morgen, Herr May, aus der wahren Hauptstadt Europas.

May: Die möglicherweise gerade von der EU an Russland verloren wird?

Roth: Nein, definitiv nicht. Ich habe hier so viele enthusiastische Europäerinnen und Europäer erlebt, die tagtäglich auf die Straße gehen, nicht um Gewalt auszuüben, sondern um für Freiheit und Demokratie und Selbstbestimmung einzutreten. Diese Regierung hört nicht auf ihre eigene Bevölkerung, vor allem nicht auf die jungen Menschen. Deswegen, bin ich mir sicher, wird es zwar jetzt zu großen Schwierigkeiten kommen in den Beziehungen zwischen Georgien und der EU, aber es wird weiterhin eine klare Perspektive für dieses Land geben, nicht wegen dieser Regierung, sondern vor allem wegen der Bevölkerung.

May: Sie sprachen es an: Jetzt mobilisieren große Teile der Zivilbevölkerung, vor allem die jungen, wie Sie sagen, gegen das Gesetz. Wir sehen es ja auch beinahe täglich anhand der großen Demonstrationen mit Europafahnen. Nur die Frage ist ja: Ist das wirklich die Mehrheit in der Bevölkerung?

Roth: Ich habe bislang noch niemanden getroffen, der dieses Gesetz – hier wird es ja „ausländisches Agentengesetz“ genannt – gut findet, und dieses Gesetz ist auch nur ein Symbol. Am Ende des Tages spüren die Menschen, es geht jetzt darum: Wollen wir uns in Richtung Autoritarismus, russische Verhältnisse bewegen, oder wollen wir uns wirklich in Richtung europäische Freiheit bewegen? Das ist der eigentliche Konfliktpunkt.

Und ja, es gibt Unterstützung für dieses Gesetz. Die georgisch-orthodoxe Kirche, sicherlich auch konservative Teile der Gesellschaft stehen an der Seite der Regierung und der Regierungspartei Georgischer Traum, die ich gerne auch georgischer Albtraum nenne. Es ist auch ein gesellschaftspolitischer Konflikt, denn die nächsten, die stigmatisiert und diskriminiert werden, sind die LGBTI, Lesben, Schwule, Transsexuelle. Mit denen haben wir uns gestern auch getroffen, die große Sorge haben, dass sie zur Zielscheibe werden von Vorurteilen und angesehen werden als diejenigen, die die traditionellen georgischen Werte beschmutzen und in Frage stellen, und auch dagegen wehren sich die jungen Menschen und viele andere Teile der Gesellschaft.

May: Aber es ist ja schon merkwürdig. Auf der einen Seite sagen Sie, Sie haben niemanden getroffen, der wirklich für dieses Gesetz ist. Sie beschreiben diesen gesellschaftlichen Konflikt. Und trotzdem dominiert die Regierungspartei schon seit über zehn Jahren ganz klar die georgische Politik, hat parlamentarische Mehrheiten, und zwar deutliche parlamentarische Mehrheiten. Wie ist das zu erklären?

Roth: Weil man eine Schaukelpolitik und eine sehr kluge Schaukelpolitik gefahren hat. Man hat auf der einen Seite klar in Richtung EU geblinkt; man ist aber dann immer wieder abgebogen. Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die Regierung liefern muss, wo es nicht nur um wohlfeile Worte geht, sondern jetzt geht es darum, die Korruption zu bekämpfen, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die demokratischen Prinzipien, die Unabhängigkeit der Justiz. Das will diese Regierung aber nicht, weil sie damit ihre eigene Macht opfert und ihre eigene Macht in Frage stellt. Deswegen kommt man mit diesem Schaukeln, mal hier- und mal dorthin, nicht mehr weiter, denn wenn wirklich Beitrittsverhandlungen gestartet werden, dann wird ja ganz konkret über all das gesprochen, was noch zu tun ist. Ich glaube, das ist der wesentliche Grund, warum jetzt die Regierung sagt, wir ziehen das knallhart durch, auch gegen die eigene Bevölkerung, weil es um unseren Machterhalt geht.

Wir haben ja bislang auch niemanden getroffen von der Regierung. Die Regierung ist ja noch nicht mal bereit, mit uns zu sprechen. Das habe ich auch in meinen vielen Jahren Parlamentszugehörigkeit noch nie erlebt, denn ich bin ja nicht alleine hier. Ich bin ja Teil einer Delegation von Ausschussvorsitzenden. Das heißt, mein Kollege aus Litauen, aus Polen, aus Tschechien, aus Finnland ist mit dabei. Das sind auch alles keine Sozialdemokraten, das sind Konservative, das sind liberale Politiker. Und wir wollten damit auch ein Zeichen setzen, dass das, was derzeit läuft, nicht unter einer parteipolitischen Perspektive gesehen werden sollte, sondern hier geht es wirklich

um den Kern Europas, und das ist nicht nur einfach der Binnenmarkt, sondern das sind Werte.

May: Wie erleben Sie denn die Lage vor Ort und die Stimmung vor Ort?

Roth: Wir haben gestern Oppositionsabgeordnete getroffen aus ganz verschiedenen Parteien und da habe ich auch etwas erlebt, was mir so noch nie passiert ist. Die Abgeordneten haben Schutzmasken dabei, sie haben Pfefferspray dabei, Pfefferspray vor allem deshalb, weil jetzt seit einigen Tagen ganz gezielt Druck ausgeübt wird auch auf die Familienangehörigen von zivilgesellschaftlichen Akteuren, von Oppositionellen. Es gibt Drohanrufe, die Menschen haben einfach Angst vor Gewalt. Und da die Sicherheitskräfte immer aggressiver vorgehen, vor allem auch mit Tränengas, muss man sich jetzt schützen. Es sind Verhältnisse, die ich mir niemals im Herzen Europas hätte vorstellen können.

May: Aber jetzt ist ja damit zu rechnen, dass dieses Gesetz heute in der dritten Lesung durchgeht, aller Proteste zum Trotz. Was dann?

Roth: Ich hoffe erst mal, dass es zu keiner Gewalt und zu keiner Eskalation kommt und dass die Proteste heute friedlich bleiben. Ich bin mir aber ziemlich sicher, die Menschen werden durchhalten mit ihrem Protest. Natürlich werden nicht mehr wöchentlich mehrere hunderttausend Menschen auf die Straßen ziehen. Das halte ich für wenig wahrscheinlich. Aber man versucht, jetzt eine Brücke zu bauen von dieser schlimmen Abstimmung, der letzten Abstimmung, die durchgezogen wird, knallhart auch gegen die Ratschläge aus Brüssel, gegen die Ratschläge von vielen Freundinnen und Freunden Georgiens, bis hin zur Wahl, die ja im Herbst dieses Jahres stattfinden soll, voraussichtlich im Oktober, und dann muss die Bevölkerung darüber abstimmen. Dann hat sie die Wahl: Will sie wirklich diese Russifizierung, oder will sie weiterhin den Weg in Richtung Europa einschreiten?

Deswegen war ja auch mein Vorschlag, diese Lesung erst einmal zu stoppen, das Gesetz zurückzuziehen, und man kann es ja dann nach den Wahlen, wenn die Bevölkerung gesprochen hat, noch einmal aufrufen.

May: Aber Sie werden ja gar nicht gehört von der Regierung. – Nach allem, was Sie erzählen: Gehen Sie davon aus, dass das faire Wahlen sein werden, die dann dort im Herbst stattfinden?

Roth: Das ist die große Sorge der zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter, die wir getroffen haben, dass es am Ende keine fairen Wahlen sind. Wir haben hier auch eine sehr polarisierte Medienlandschaft, die die schlimmsten Dinge, auch Lügen verbreitet bis dazu, dass mir und meinen Kollegen unterstellt würde, wir würden 50.000 Dollar bekommen pro Person, pro Politiker, wenn wir Oppositionelle treffen, und wenn wir an einer Demonstration teilnehmen noch mal 50.000 Dollar. Das ist das Niveau, auf dem man sich hier bewegt. Es wird mit Lügen, mit ganz schlimmer Propaganda gegen Menschen vorgegangen, die die Interessen dieser Regierung nicht vertreten, und deswegen mache ich mir große Sorgen. Wir brauchen eine starke Kontrolle durch den Europarat, durch andere internationale Organisationen, die den Menschen eine Stimme geben und die dafür Sorge tragen, dass die nächsten Wahlen wirklich frei und fair sind.

May: Jetzt hat ja die Regierung im Prinzip zu verstehen gegeben, dass sie trotz ihres Status als Beitrittskandidat kein Interesse hat an einem Beitritt zur EU. Dieses Gesetz schließt ja einen Beitritt zur EU aus. Darum muss man gar nicht lange herumreden. Welchen Hebel hat die EU denn überhaupt?

Roth: Der Kandidatenstatus ist dann nichts mehr wert. Es wird zu keinen Verhandlungen kommen. Ich kann jedenfalls der EU nur dringend davon abraten, jetzt zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Kandidatenstatus, der im Dezember verliehen wurde, war ja auch kein generöses Geschenk an die Regierung, sondern eine Anerkennung des Mutes der Bevölkerung und war eher ein Vertrauensvorschuss. Die Menschen hier erwarten starke Sanktionen. Sie sagen, diejenigen, die für dieses Gesetz stimmen, und diejenigen, die vor allem den Oligarchen, der ja im Hintergrund die Fäden zieht, Iwanischwili unterstützen, die müssen sanktioniert werden. Ich finde, die EU muss jetzt ein klares Zeichen setzen, dass sie weiterhin an der Seite der Bevölkerung steht, aber dass so etwas mit unseren Werten und unseren Prinzipien nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews
und Diskussionen nicht zu eigen.*